

Smolensky, Pedro

Article — Digitized Version

Die Wege der argentinischen Erdölpolitik

Wirtschaftsdienst

Suggested Citation: Smolensky, Pedro (1956) : Die Wege der argentinischen Erdölpolitik, Wirtschaftsdienst, ISSN 0043-6275, Verlag Weltarchiv, Hamburg, Vol. 36, Iss. 4, pp. 219-222

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/132269>

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.

schungsberichten der Kommission sowie Auszügen aus 50 000 Berichten und Artikeln, die laufend ergänzt werden.

Nach der internationalen Atomenergie-Tagung in Genf fand im Herbst vergangenen Jahres eine Ausstellung und Tagung des „Atomic Industrial Forum“ in Washington statt, auf der die einzelnen Reaktortypen sowie die Verwendungsmöglichkeiten radioaktiver Isotope in der Medizin, Chemie, Biologie und dgl. gezeigt wurden. Der Besucher dieser Ausstellung mußte den Eindruck gewinnen, daß die amerikanische Industrie bereits ein Jahr nach Unterzeichnung des Atomenergie-Gesetzes von 1954 mit einer großen Anzahl von Entwicklungen und Geräten für die friedliche Verwendung der Atomenergie auf den Markt kam. Nicht weniger als 74 Firmen nahmen mit Ausstellungsstücken aus allen Sektoren der Anwendung der Atomenergie (von Reaktormodellen, Spaltstoffelementen, Manipulatoren bis zu Instrumenten für Atomanlagen, Fachzeitschriften und Mikrokarten-Registrierbehelfen) daran teil. Es liegt daher auf der Hand, daß

die amerikanische Industrie sich nicht durch administrative Hindernisse und Schwierigkeiten ihren Vorsprung auf diesem wirtschaftlich überaus interessanten Gebiet wird nehmen lassen und daher die AEC ständig zu einem Abbau weiterer Schranken drängen wird. Auf der Genfer Tagung konnte die amerikanische Industrie (und zwar Westinghouse) nur einen einzigen Großauftrag über den Bau eines Reaktors mit einer Leistung von 10 000 kW für Fiat Turin herannehmen. Amerikanische Firmen sind mit Entwicklungs- und Planungsarbeiten von Reaktoranlagen stark überlastet, können jedoch auf tatsächliche Bestellung Forschungsreaktoren innerhalb einer Frist von 1—1½ Jahren liefern. Die Pläne der Administration und des Präsidenten über die Zurverfügungstellung von spaltbarem Material und technischen Kenntnissen an befreundete Staaten haben nicht nur eminente politische Bedeutung und Zugkraft, sondern sollen es auch der amerikanischen Fachindustrie ermöglichen, tatsächlich ins Geschäft zu kommen, und sollen ihr helfen, weitere Erfahrungen zu sammeln.

Die Wege der argentinischen Erdölpolitik

Pedro Smolensky, Buenos Aires

Das Vorhandensein von Olivorkommen sowohl im Norden als auch im Westen Argentiniens ist seit langem bekannt, und seit der Mitte des vorigen Jahrhunderts wurden wiederholt Versuche unternommen, in den Provinzen Salta, Jujuy und Mendoza die zum Teil in ungewöhnlich geringer Tiefe auftretenden Lager auszubeuten. Jedoch sind die meisten von privatem Kapital mit unzureichenden Mitteln und Kenntnissen unternommenen Versuche binnen kurzem gescheitert. Obgleich bis zum Jahre 1922 bereits 5399 Konzessionen für ein Gebiet von insgesamt über 10 Mill. ha. erteilt worden waren und die private Förderung mit keiner Regalie belastet war, hielt sich die Förderung der privaten Gesellschaften doch in bescheidenen Grenzen. Der Grund für diese Entwicklung ist darin zu sehen, daß die Privatgesellschaften in erster Linie an der Einfuhr von Erdöl und Erdölprodukten interessiert waren. Die staatliche Erdölförderung hatte ihren Ausgangspunkt in Comodoro Rivadavia in Patagonien, wo man im Jahre 1907 auf der Suche nach Trinkwasser zufällig auf Erdöl stieß.

Eine neue Ära begann im Jahre 1922, als Enrique Mosconi zum Präsidenten der „Staatlichen Erdöllager“ (YPF) ernannt wurde. Im Laufe seiner achtjährigen Tätigkeit wurde diese öffentlich-rechtliche Einrichtung zu einer modernen und leistungsfähigen Unternehmung ausgebaut. 1923 begann man mit der Errichtung einer Raffinerie in La Plata, in geringer Entfernung von der Bundeshauptstadt, die 1927 von der YPF in Betrieb genommen wurde. Gleichzeitig wurde ein Netz von Verkaufsstellen geschaffen, das allmählich die ganze Republik überzog.

Die YPF stand von Anbeginn ihrer Tätigkeit in scharfem Gegensatz zu den privaten Erdölinteressen (vornehmlich amerikanischen und britischen Gesellschaf-

ten), insbesondere zur Standard Oil of New Jersey, die anfangs mit ihren Tochtergesellschaften das Einfuhrmonopol für Erdöl und Produkte besessen hatte und die später — zum Teil im offenen Kampf gegen die YPF — auch in der an Bolivien grenzenden Provinz Salta Fuß faßte. Dem aggressiven Vorgehen dieser Gesellschaft war es zuzuschreiben, daß die Vereinigenommenheit der öffentlichen Meinung gegen die amerikanischen Erdölinteressen ständig wuchs, bis schließlich der Kongreß 1927 nach zweimonatiger Debatte einen Gesetzentwurf annahm, der die Verstaatlichung aller Olivorkommen aussprach. Ein Antrag auf Enteignung der bestehenden Privatbetriebe und auf Monopolisierung der Einfuhr wurde abgelehnt.

Angesichts dieser Bedrohung vergaßen die Privatgesellschaften den Konkurrenzkampf und bildeten eine Einheitsfront, um gegen die „rücksichtslose Verfolgung und den legalen Despotismus“ zu protestieren, als deren Opfer sie sich bezeichneten. Ihre Bemühungen waren nicht erfolglos, denn die Senatskommission, der der Verstaatlichungsentwurf vorlag, ließ ihn unerledigt liegen. Zugleich aber entstand eine neue Gefährdung der privaten Erdölinteressen, die sich noch dazu gegen ihre empfindlichste Stelle, nämlich ihr Einfuhrmonopol richtete. Die Regierung hatte Verhandlungen mit der Sowjetunion aufgenommen, die auf den Austausch russischen Erdöls gegen argentinische Agrarprodukte abzielten. Diese Verhandlungen wurden jedoch abgebrochen, als 1930 eine Militärrevolution der Präsidentschaft Yrigoyens ein Ende setzte. Mosconi bot der neuen Regierung seine Demission an, und diese nahm sofort an. Der Verstaatlichungsgedanke war damit erledigt.

Von den Engländern war den Versuchen zur Verstaatlichung der Olivorkommen kein Widerstand ent-

gegengesetzt worden; sie hatten nämlich mit Mißtrauen die Politik der Standard Oil of New Jersey beobachtet, die Konzessionen erwarb, von denen sie nur geringen Gebrauch machte, und der Royal Dutch Shell schienen die Verstaatlichungsbestrebungen ein Mittel zu sein, diese Politik zu durchkreuzen. Ihre Einstellung änderte sich jedoch, als es sich um das Problem der Einfuhrmonopolisierung und um die russische Konkurrenz handelte. Im Jahre 1928 schlossen die großen Ölgesellschaften das Achnacarry-Abkommen, das eine Aufteilung der Weltmärkte nach dem Grundsatz „as is“ zum Inhalt hatte. Für Argentinien wurde folgendes Verhältnis festgelegt, das bis 1937 in Kraft blieb:

Standard Oil	45,79 %
Royal Dutch	27,65 %
YPF	14,63 %
Andere	11,93 %

1932 wurde vom argentinischen Kongreß ein Erdölgesetz beschlossen, das bis heute in Geltung ist. Es anerkannte die YPF als Organ der staatlichen Ölpolitik, dem die Erforschung und Ausbeutung aller Kohlenwasserstoffverbindungen im gegenwärtigen oder künftigen Staatsbesitz obliegt. Der Anstalt wurde Zollfreiheit für die Einfuhr der von ihr benötigten Maschinen und Ausrüstungen sowie Steuerfreiheit für ihr Eigentum gewährt. Andererseits hatte sie vom erzielten Gewinn mindestens 10 % (später bis zu 30 %) an die Staatskasse abzuführen, wodurch ihr Ausbau gehemmt wurde.

Erdölgewinnung, 1913—1954
(in 1000 t)

Jahr	Menge	Jahr	Menge
1913	18	1950	3 394
1929	1 365	1951	3 501
1938	2 444	1952	3 552
1947	3 161	1953	4 080
1948	3 360	1954	4 202
1943	3 268		

Drei Jahre später folgte ein weiteres Gesetz über die nationale Erdölwirtschaft. Darin wurde der Eigentumsanspruch des Staates bzw. der Provinzen an den argentinischen Ölvorkommen aufrechterhalten, jedoch wurde die Betätigung privater Gesellschaften auf dem Gebiet der Förderung und des Transports von Erdöl und Produkten gestattet. Alle Unternehmungen wurden einer Abgabe von 12 % unterworfen. Bald kam es trotz der freundlicheren Einstellung der Regierung gegenüber den privaten Erdölgesellschaften erneut zu Reibereien zwischen diesen und der Staatsanstalt, und zwar über die Einfuhrquoten und den Marktanteil. Sie führten 1936 zur Einsetzung einer „Besonderen Kommission“ und auf Grund ihrer Untersuchungen zur Festlegung bestimmter Marktanteile. Der YPF wurde die Einfuhr untersagt. Diese Regelung, die bis 1947 in Kraft blieb, hat sich für die privaten Gesellschaften als äußerst vorteilhaft erwiesen, während die Tätigkeit der YPF auf dem Gebiet der Prospektierung und der Förderung gehemmt wurde. Erst durch die Behinderung der Einfuhr während der Kriegszeit erhöhte sich der Anteil der YPF an der Ölversorgung des Landes vorübergehend bis auf 68 % im Jahre 1943.

Mit dem Regime Peron begann eine Periode offenkundigen Verfalls der Staatsanstalt YPF, was allerdings ziffernmäßig nicht leicht nachweisbar ist, da allmählich alle Veröffentlichungen eingestellt wurden und seit 1949 nicht einmal mehr die Jahresbilanzen publiziert wurden. Die besten technischen Kräfte fielen der politischen Verfolgung zum Opfer, und die früher systematisch gepflegte Ausbildung von Nachwuchskräften wurde aufgegeben. Das 1929 an der Universität von Buenos Aires eingerichtete Erdölinstitut wurde aufgelöst, die in verschiedenen Gewerbeschulen abgehaltenen Ausbildungskurse für Bohrspezialisten wurden eingestellt, und die Entsendung begabter junger Angestellter nach Nordamerika zur Vervollkommnung ihrer Kenntnisse in der Bohrtechnik wurde nicht fortgesetzt. Selbst die Bibliothek wurde vom Sitz der Zentrale in das Laboratorium in der Provinz verlegt.

Infolge dieser Tendenz erhöhte sich die inländische Förderung von 1946 bis 1955 nur um 40 % — für ein ganzes Dezennium ein sehr geringer Betrag. Auf keinen Fall konnte die Förderung mit den Anforderungen der Wirtschaft Schritt halten, so daß sich der Einfuhrbedarf laufend erhöhte. Heute werden etwa 70 % des Bedarfs durch die Einfuhr gedeckt, wofür Devisen von jährlich rund 200 Mill. \$ (davon 60 % in Sterling) aufgebracht werden müssen. Im Jahre 1954 waren die verschiedenen Energieträger mit folgenden Anteilen an der Versorgung des Landes beteiligt:

Erdöl und Gas	73,0 %
Kohle	7,0 %
Holz	12,0 %
Wasserkraft	0,4 %
Sonstige	7,6 %

Die geradezu feindselige Einstellung der Regierung gegenüber der Staatsanstalt kam auch darin zum Ausdruck, daß sich die Zentralbank hinsichtlich aller Devisenanforderungen der YPF ablehnend verhielt. Etwa 50 entsprechende Anträge auf rd. 50 Mill. Pesos liegen dort seit mehr als 5 Jahren unerledigt, darunter solche für die Einfuhr von wissenschaftlichen Instrumenten, die für die Durchführung seismischer, gravimetrischer und geophysischer Forschungen unerlässlich sind, sowie von Ersatzteilen für Bohrergeräte, die ohne diese Teile nicht einsatzfähig sind. Ferner sah sich die Staatsanstalt durch den Mangel an Waggons für den Öltransport gezwungen, eine Reihe von Bohrlöchern zu verstopfen. Dringend erforderliche Ölleitungen, die schon seit langem geplant waren, sind noch nicht einmal in Angriff genommen worden.

Einfuhr von Erdöl und Erdölderivaten, 1939—1952
(in 1000 t)

Jahr	Erdöl roh	Treiböl	Gasöl	Dieselmotortreibstoff	Naphtha (Mill. l)	Kerosin (Mill. l)
1939	353,9	939,1	30,0	280,7	3,2	—
1940	353,8	856,3	120,4	145,0	2,9	—
1941	310,8	861,8	11,9	167,7	—	—
1942	114,5	513,8	—	53,1	—	—
1943	153,5	145,3	—	—	—	5,7
1944	72,1	228,5	—	25,3	—	5,6
1945	76,2	372,3	5,0	68,8	—	—
1946	710,0	1 823,0	—	129,1	12,6	11,5
1947	968,8	2 252,0	2,6	70,1	145,7	—
1948	1 269,6	2 542,1	—	81,9	201,1	36,5
1949	1 590,3	2 406,8	—	86,4	—	—
1950	2 953,7	2 049,6	—	62,7	—	—
1952	3 013,4	2 974,1	72,5	98,2	54,5	32,3

Vor or etwa zwei Jahren begannen Gerüchte umzulaufen, daß ß die Regierung mit einer nordamerikanischen Gruppe über die Ausbeutung der inländischen Rohstoffvorkommen verhandelte. Die schließliche offizielle Bestätigung dieser Gerüchte mußte damals als Eingeständnis der auf „wirtschaftliche Unabhängigkeit“ eingeschworenen Regierung Peron angesehen werden, daß ß das Land seine Bodenschätze nicht mit eigenen Mitteln ausbeuten könne.

Tatsächlich hatte sich unter der Leitung eines bekannten Finanzmannes, Floyd Odlum (der allerdings in der Ölindustrie durchaus keine maßgebliche Rolle spielt) ein Konsortium gebildet, um in Delaware (USA) eine Gesellschaft unter dem Namen „Petrolarg“ zu errichten, die mit der argentinischen Regierung einen Vertrag über die Ausbeutung der inländischen Erdölvorkommen und über den Bau einer Ölleitung von 600 km Länge in den Hafen von Bahía Blanca schließen sollte. Als Ausbeutungsgebiete waren die patagonischen Territorien — jetzt Provinzen — Río Negro und Neuquén in Aussicht genommen. In der letzteren Zone befand sich das bereits in Betrieb befindliche Feld von Plazaza Huinca, in der anderen gab es keine nennenswerten Vorkommen. Der Vertrag sollte auf 25 Jahre befristet sein, nach deren Ablauf alle physischen Güter der Gesellschaft an den argentinischen Staat übergehen sollten. Wahlweise sollte die Regierung auch das Recht haben, diese Güter durch Erstattung aller tatsächlichen Kosten schon nach 6 Jahren zu erwerben.

Ein wichtiger Punkt war der, daß sich die Gesellschaft sowohl mit der Suche nach neuen Vorkommen als auch mit der Ausbeutung bereits bestehender Quellen befassen sollte, was darauf hinauslief, daß bisher im nationalen Betrieb stehende Bohrungen in ausländische Verwaltung übergehen würden. Bis zur Erschöpfung der berechneten Reserven wollte die „Petrolarg“ diese Quellen ohne Gewinn und nur gegen Erstattung der Kosten ausbeuten, während alles Öl, das diese berechneten Reserven überstieg, der Gesellschaft zur freien Verfügung verblieben wäre. Der Verkaufspreis des Öls am Endpunkt der Leitung sollte den Weltmarktpreis (d. h. „Ost-Texas“-Öl) nicht überschreiten.

Für den Anfang waren 300 Bohrungen vorgesehen. Die Kosten für Maschinen, Ausrüstungen und sonstige Betriebsmittel sollten in Dollars verrechnet werden, für Arbeitskräfte, Bauten und im Inland beschafftes Material in Pesos; im gleichen Verhältnis wären die an die Gesellschaft zu entrichtenden Preise festzusetzen gewesen. Argentinien hätte also einen Teil des im eigenen Lande erzeugten Erdöls in Dollars bezahlen müssen, was bisher nur für einen Teil des importierten Öls der Fall gewesen war.

Der Vertrag galt praktisch als geschlossen und bedurfte nur noch der parlamentarischen Billigung, was bei den gegebenen Verhältnissen nicht mehr als eine Formalität bedeutet hätte. Sonderbarerweise jedoch schloß die Sache ein, ohne daß irgendwelche Ursachen dafür bekannt wurden. Da die Opposition nicht einmal Gelegenheit zur Meinungsäußerung hatte, muß sie daran unschuldig gewesen sein. Wahrscheinlicher ist, daß der Vertrag von den USA her hintertrieben worden war, und zwar durch Einflüsse, die weit stärker waren als die Odlums und seiner Freunde.

DER „CALIFORNIA“-VERTRAG

Hierfür spricht die Tatsache, daß — wiederum in aller Stille — Verhandlungen mit einer anderen nordamerikanischen Gruppe eingeleitet wurden: der Standard Oil Co. of California, die eigens für diese Zwecke eine Tochtergesellschaft errichtete, die „Compañía California Argentina de Petróleos“. Die Öffentlichkeit erfuhr erst von dem dann tatsächlich geschlossenen Vertrag, als dieser am 8. Mai 1955 vom Industrieminister unterzeichnet worden war. Der Inhalt der Vereinbarungen, der erst ganz allmählich durchsickerte, stieß auf allgemeines Unverständnis; denn es handelte sich dabei nicht um eine geschäftliche Abmachung mit dem ausschließlichen Zweck, möglichst rasch greifbare Ergebnisse zu erzielen, sondern um einen Versuch zur Lösung des Erdölproblems aus weltweiter Sicht und auf lange Zeit.

Die überraschenden Ölfunde in Ländern, in denen man sie kaum erwartet hatte, und der gleichfalls unvorhergesehene Reichtum der Vorkommen im Nahen Osten hatten dazu geführt, daß die derzeit größte Sorge der internationalen Ölgesellschaften die Gefahr einer Überproduktion war. Sie sahen sich daher vor die Frage gestellt, wie man neue Bohrungen einschränken oder jedenfalls auf bloße Prospektierungstätigkeit beschränken könne, ohne bereits mit der tatsächlichen Ausbeutung neuer Quellen zu beginnen, da andernfalls ein Preissturz unvermeidlich sein würde.

Die Schaffung von Reserven war eine unerläßliche Notwendigkeit, jedoch erhob sich die Frage nach deren günstigstem Standort unter dem Gesichtspunkt der weltpolitischen und strategischen Situation. Die harte Logik der politischen Landkarte führt zu einer klaren

BRISK

FRISIERCREME

hält Ihr Haar in Form!

Entscheidung: Amerika hat das größte Interesse daran, jene Vorkommen am schnellsten zu erschöpfen, die der Sowjetunion am nächsten gelegen sind, d. h. also Persien, Kuwait, Bahrein, Arabien in erster Linie. Und umgekehrt hat es ein ebenso großes Interesse daran, möglichst lange jene Vorkommen zu schonen, die von Rußland am weitesten entfernt sind. Unter diese Kategorie fallen aber auch die argentinischen Olvorkommen, denen somit der Charakter einer höchst wichtigen Ölreserve der freien Welt zuerkannt wurde.

So erklärt es sich, daß an die Stelle der rein kommerziellen Abmachungen mit der Odlum-Gruppe ein neues Abkommen trat, das von ganz übergeordneten Gesichtspunkten ausging und in dem die Standard Oil of California lediglich die Rolle des ausführenden Organs spielte. Allerdings hätten es sich die Urheber dieses Planes angelegen sein müssen, die öffentliche Meinung in Argentinien davon zu überzeugen, daß es im Interesse der freien Welt und damit auch Argentiniens liege, die inländischen Vorkommen möglichst lange zu schonen und in der Zwischenzeit den Bedarf des Landes durch Einfuhren zu decken. Jahrzehnte spielen schließlich im Leben einer Nation keine entscheidende Rolle. Jedoch hätte ein derartiger Plan nur dadurch annehmbar gemacht werden können, daß man den Preis für das zu importierende Erdöl merklich herabgesetzt hätte. Hier aber haben die amerikanischen Unterhändler einen verhängnisvollen Fehler begangen: Durch die anomalen politischen Verhältnisse in Argentinien ließen sie sich verleiten, einen vom Präsidenten der Republik gutgeheißenen Vertrag für endgültig angenommen zu halten, und so hielten sie es offenbar nicht für erforderlich, bezüglich ihrer geschäftlichen Interessen Opfer zu bringen. Im Gegenteil: Im gleichen Vertrag, dessen Hauptzweck die Drosselung der Ölgewinnung im Inland war, wurden Bestimmungen getroffen, die auf eine wesentliche Erhöhung der Preise für alle Erdölprodukte hinausliefen. Damit war der Bogen überspannt und der Abschluß des gesamten Vertragswerks zum Scheitern verurteilt.

Übrigens wurde auch in den USA scharfe Kritik an diesen Vereinbarungen geübt, zum Teil mit dem Hinweis darauf, daß Verträge dieser Art mit erniedrigenden Bedingungen das nationale Empfinden verletzen und in keiner Weise geeignet seien, den USA zu nützen, sondern vielmehr die kommunistische Propaganda unterstützten. Diese Kritik traf den Nagel auf den Kopf, zumal bekannt wurde, daß ähnliche Verhandlungen mit der Royal Dutch Shell eingeleitet worden seien und daß es sich bei dem ersten Vertrag lediglich um ein „Pionier“-Abkommen handeln sollte, dem nach erfolgtem Abschluß andere Verträge für noch interessantere Gebiete folgen sollten. Dazu wird es nun allerdings nicht mehr kommen: Der Vertrag war schon so gut wie gescheitert, bevor in Argentinien die Revolution ausbrach, durch die er dann endgültig erledigt wurde.

Schon die programmatische Erklärung, die der provisorische argentinische Präsident Lonardi unmittelbar nach seiner Vereidigung abgab, enthielt das Versprechen, daß Argentinien die Erforschung und Ausbeutung seiner Bodenschätze für eigene Rechnung durchführen werde, selbst wenn sich dadurch die Verwirklichung der Selbstversorgung verzögern sollte.

Der Vertrag mit der California erledigte sich von selbst, da die Verfallfrist für seine parlamentarische Verabschiedung am 30. September 1955 abgelaufen war. Die Leitung der YPF wurde wieder dem Manne anvertraut, der diesen Posten bis zum Beginn der Präsidentschaft Perons innegehabt hatte. Bei seiner Einsetzung hielt der neue Industrieminister eine Rede, in der er das Regierungsprogramm in der Olpolitik entwickelte:

Vor allem müsse die Staatsanstalt wieder in ihre früheren Funktionen eingesetzt werden, wobei sie auf die Mitwirkung aller anderen öffentlichen Stellen — insbesondere der Zentralbank — rechnen dürfe. Die zahllosen tüchtigen Kräfte, die unter dem früheren Regime entlassen worden seien, würden herzliche Aufnahme finden, falls sie wieder zurückkehren wollten — wozu sich viele von ihnen schon bereiterklärt hätten. Die Ausbildung eines gediegenen Nachwuchses werde schleunigst wieder aufgenommen werden, und die eingestellten Veröffentlichungen würden wieder erscheinen.

Als eine der dringlichsten Aufgaben sei der Bau von Ölleitungen in Angriff zu nehmen, in erster Linie Leitungen von Neuquén nach Bahia Blanca und von Salta und Mendoza nach S. Lorenzo sowie eine Gasleitung von Campo Durán im äußersten Norden nach Buenos Aires. Die Produktion könne nur parallel mit dem Bau solcher Leitungen gesteigert werden, da sie gegenwärtig durch den Mangel an Transportmitteln völlig habe gedrosselt werden müssen.

Der Regierung seien bereits Vorschläge bestimmter Finanzgruppen zugeleitet worden, die bereit seien, alles erforderliche Material gegen Kredit zu liefern, so daß mit der Durchführung des Programms unverzüglich begonnen werden solle.

Das sind klare Worte, die über die Absichten der Regierung keine Zweifel lassen. Wenn auch in der nächsten Zukunft kaum Vorschläge hinsichtlich einer völligen Verstaatlichung der argentinischen Erdölindustrie gemacht werden dürften, so ist es andererseits kaum denkbar, daß sich die privaten Gesellschaften über die gegenwärtig von ihnen kontrollierten Gebiete hinaus werden ausdehnen können. Vielmehr deutet alles darauf hin, daß ihre Bedeutung immer mehr hinter der Rolle der YPF zurücktreten wird und daß der Erdölwirtschaft des Landes das Ziel gesetzt werden wird, Argentinien auf diesem Gebiet in absehbarer Zeit zum Selbstversorger zu machen. Der Plan, Argentinien die Rolle der letzten Ölreserve der westlichen Welt zuzuweisen, dürfte dahin sein.

Bezugspreise für den WIRTSCHAFTSDIENST: Einzelpreis: DM 3,50, vierteljähr. DM 10,—, mit Beilage „Weltkartei der Wirtschaftspresse“ vierteljähr. DM 36,— oder mit „Bibliographie der Wirtschaftspresse“ vierteljähr. DM 36,—. Zu beziehen vom Verlag Weltarchiv GmbH., Hamburg 36, Poststr. 11, od. durch den Buchhandel